

# Ökologische Gerechtigkeit und Humanökologie

von Prof. Dr. Markus Vogt, LMU München

## 1. Ernüchterung nach dem Scheitern der Klimakonferenzen

Das 21. Jahrhundert beginnt hinsichtlich der Klimadebatte mit dem Debakel vom 19. Dezember 2009, dem Scheitern des Kopenhagener Klimagipfels. Zukunftsfähigkeit müssen sich die Bürger – so der Philosoph Peter Sloterdijk – künftig eher gegen die Regierungen erkämpfen als in Erwartung der politischen Beschlüsse. Kopenhagen sei ein „Konzil der Ungläubigen“ gewesen: Wir wissen zwar um die radikale Bedrohung unserer Zukunft durch den Klimawandel, aber das in Zahlen abstrakter Klimamodelle präsentierte Wissen ist so fern von unseren Vorstellungswelten, dass wir es doch nicht realisieren. Wir hören mit den Ohren und verstehen es doch nicht mit dem Herzen (vgl. Jes 42 sowie Mt 13,13ff). Wir glauben nicht, was wir wissen. Unsere Zivilisation scheint wie gelähmt von den Herausforderungen.

Durch das Scheitern der nachfolgenden Klimakonferenzen in Cancún (2010), Durban (2011) und Doha (2012) wurde die Diagnose bestätigt. Die Aufbruchstimmung im Ringen um globale Gerechtigkeit ist einer Ernüchterung gewichen: Es ist zu spät für eine realistische Chance, die ehrgeizigen Klimaziele zu erreichen und die Erderwärmung auf maximal 2 Grad Temperaturanstieg bis zum Ende des Jahrhunderts zu begrenzen.

Trotz aller Klimaverhandlungen und aller Rede über ökologische Gerechtigkeit stoßen wir jedes Jahr mehr Treibhausgase aus, derzeit ca. doppelt so viel, wie die Wälder und Meere absorbieren können. Mitte des Jahrhunderts könnte Südeuropa von Wüsten geprägt sein. Der Verbrauch von Energie und Material sowie der Ausstoß von Müll und Emissionen steigen weltweit unaufhörlich weiter. „Blind in die Apokalypse“ so beschreibt Harald Welzer den gegenwärtigen Kurs der Weltgesellschaft. Unser Gesellschafts- und Wirtschaftssystem manövriert sich in eine Sackgasse. Unser demokratisches und wirtschaftliches System scheint in der gegenwärtigen Form zu kurzatmig und konkurrenzfixiert um den Ansprüchen ökologischer Gerechtigkeit angemessen zu begegnen.

Technisch gesehen wäre eine weltweite Klima- und Energiewende, die eine exponentielle Steigerung ökologischer Risiken vermeidet, möglich. Aber in der Konkurrenz um die Spitzenposition in der Weltwirtschaft und unter dem Druck der Wähler auf die Politik tun wir das Gegenteil, wir erschließen auch aus prekären ökologischen Lagen zusätzliche Energiequellen und werden diese dann auch beschleunigt verbrauchen. Die USA planen mit Hilfe der Fracking-Methode, die Öl und Gas aus tief liegenden Gesteinsschichten herauspresst, zum weltweit größten Öl-Lieferanten bis 2020 aufzusteigen. „Wir alle sind nicht willens, heute kleine Opfer zu bringen, um die riesigen Opfer in 50 Jahren zu vermeiden.“ So Jorgen Randers in seinem „neuen Bericht an den Club of Rome“ der 40 Jahre nach „Die Grenzen des Wachstums“ Bilanz zieht und einen Ausblick auf die kommenden 40 Jahre wagt.

Aktuelle Nachrichten, dass das arktische Eis schneller schmilzt als prognostiziert und die Welt sich rascher erwärmt, werden in den Zeitungen publiziert und auf Konferenzen diskutiert. Es hat sich eine „Besorgnisindustrie“ herausgebildet, die mit Forschungen und gigantischen Konferenzen eine Art Parallelkultur aufbaut; gleichzeitig läuft die Business-as-usual-Wirtschaft weiter und jeder beteiligt sich mit Konsum und Mobilität.

Wir reagieren auf die ökologische Ungerechtigkeit mit einer Arbeitsteilung. Manche sind dafür zuständig, sich Sorgen um die Welt zu machen. Sie haben ihren Platz in Wirtschaft und Gesellschaft gefunden, sind eingehegt, gezähmt. Andere sind dafür zuständig, dass die Welt weiter funktioniert, von deren Wirtschafts-, Forschungs-, Konsum-, Finanz- und Mobilitätsdienstleistungen alle abhängig sind. Beide Welten kommen sich wechselseitig kaum ins Gehege und existieren parallel. Die Botschaft, die die Vertreter der Besorgnis-kultur verkünden, kommt bei ihnen selbst nicht an, sie stoßen auf ihren Reisen von Klimakonferenz zu Klimakonferenz oft weit überdurchschnittlich viel CO<sup>2</sup> aus.

Angesichts des offensichtlichen Scheiterns der Klimadebatten, die sich „im Abseits des moralischen Standpunktes“ (Hegel) bewegen, fordern namhafte Wissenschaftler bereits den Übergang vom Klimaschutz zu Anpassungsstrategien an den unvermeidlichen Wandel, der auf die Gesellschaften zukommt. Statt der Sackgasse von multilateralen Gerechtigkeitsverhandlungen sollen sich die Staaten individuell für den Wettbewerb um die knapper werdenden Ressourcen sowie für extreme Wetterlagen rüsten.

So plädieren etwas Nico Stehr und Hans von Storch für einem „Paradigmenwechsel in der Klimadebatte: weg vom Primat „Schutz des Klimas vor der Gesellschaft“ hin zur Vorsorge, d.h. „Schutz der Gesellschaft vor dem sich wandelnden Klima“ . Der Fokus der Klimaverhandlungen ist bereits 2009 nach Kopenhagen unmerklich von der Abschwächung (mitigation) auf die Anpassung (adaptation) übergegangen. Als Ergänzungsstrategie ist diese angemessen und zunehmend unverzichtbar. Als nationalistisches Szenario nach dem Muster „Rette sich wer kann“ sowie als Kapitulation vor dem Anspruch der Klimagerechtigkeit wäre es fatal.

## **2. Ökologische Gerechtigkeit als Frage der Menschenrechte**

Der Klimawandel ist das größte Kollektivgutproblem, das die Menschheit bisher betroffen hat. Wir haben keine historische Erfahrung, auf die wir zu seiner Lösung zurückgreifen könnten. Sie kann nur auf der Basis einer neuen Balance zwischen Freiheit und Gerechtigkeit gelingen. Bisher sind die Weichen im Globalisierungsprozess auf einen Ausverkauf der Ressourcen gestellt. Der Energiehunger etlicher Entwicklungs- und Schwellenländer kommt gerade erst richtig in Schwung. Klimaschutz passt nur mühsam in das weltweit dominante Handlungsmuster eines kurzfristigen Wohlstandsstrebens.

Der Klimawandel ist im Wesentlichen durch Menschen verursacht (anthropogen). Damit ist er ethisch betrachtet nicht als Schicksal einzustufen, sondern als Frage der Gerechtigkeit. Seine Ausmaße sind so gewaltig, dass sie sämtliche Entwicklungsprozesse der Globalisierung überlagern. Hierzu nur einige Stichworte:

- Nie zuvor hat die Menschheit so tief, mit so großer räumlicher und zeitlicher Reichweite in die Biosphäre eingegriffen.
- Der Klimawandel führt zu einer schleichenden Zerstörung der Heimat und der Nahrungsmittelsicherheit zahlloser Menschen in den subtropischen Regionen. Er untergräbt die Existenzrechte der 2,5 Milliarden Menschen weltweit, die direkt von der Landwirtschaft leben.
- Der Klimawandel stellt einen unmittelbaren Angriff auf die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte dar. Langfristig und global ist die Sicherung menschenwürdiger Existenz nicht ohne Klimaschutz möglich.
- Die ungeklärte Frage der Verteilung der Emissionsrechte gehört zu den größten Gerechtigkeitslücken im gegenwärtigen Prozess der globalen Entwicklung.

- Der Klimaschutz sowie die damit verbundenen Konflikte um den Zugang zu Ressourcen, die Zerstörung von Lebensräumen und die Migration mehrerer hundert Millionen Menschen sind heute zentrale Fragen der Sicherheitspolitik.
- Der Klimawandel stellt gegenwärtig die wohl umfassendste Gefährdung der Lebensgrundlagen der heutigen und der kommenden Generationen sowie der außermenschlichen Natur dar.

### **3. Der Konflikt zwischen Klimaschutz und Armutsüberwindung**

Bei all dem besteht jedoch ein tiefer Konflikt zwischen Klimaschutz und Armutsbekämpfung. Denn die bisher bekannten und finanzierbaren Modelle wirtschaftlicher Entwicklung sind weitgehend vom Zugang zu fossiler Energie abhängig. Die meisten Entwicklungs- und Schwellenländer streben nach Armutsüberwindung und Wohlstandssicherung durch energieintensive Industrialisierung, wie sie vom reichen Norden vorgelebt wurde und wird. Es gibt in der Atmosphäre jedoch keinen Platz mehr für das CO<sub>2</sub>, das die Entwicklungsländer emittieren würden, wenn sie sich so entwickeln wollten wie die Industrienationen. „The world’s wealthy minority has left precious little atmospheric space for the poor majority.“

Theoretisch sind die technischen Möglichkeiten für Armutsüberwindung und für Klimaschutz sowie für ihre Verknüpfung relativ gut. Die Realisierung der Ziele ist in erster Linie ein politisches und institutionelles Problem, da die nötigen Investitionen nur unter der Voraussetzung entsprechender Rahmenbedingungen, die eine gerechte, kooperative und vorausschauende Lastenteilung ermöglichen, zustande kommen werden. Gegenwärtig liegen aus der Perspektive der meisten Entwicklungsländer kaum konsensfähige und attraktive Vorschläge für ein gerechtes „burden sharing“ im globalen Klimaschutz auf dem Tisch. Ohne eine Klärung der ethischen Grundlagen laufen die politischen Verhandlungen in eine Sackgasse: „Disagreements about fairness and equity are at the center of the impasse.“

Aufgrund der christlichen Option für die Armen ist für die Kirche das Spannungsverhältnis zwischen Klimaschutz und Armutsbekämpfung von besonderer Bedeutung. Gemessen an der Zahl der Todesopfer treffen Klimakatastrophen ganz überwiegend die Entwicklungsländer. „Der Klimawandel untergräbt die internationalen Bemühungen um Armutsbekämpfung.“ Es besteht die Gefahr, dass die mühsam im Laufe von Generationen errungenen Fortschritte in der Bekämpfung extremer Armut sowie im Gesundheits-, Ernährungs- und Bildungswesen und anderen Bereichen zunächst stagnieren und dann zurückgehen werden. Armutsbekämpfung erhält heute im Klimaschutz einen neuen Brennpunkt und eine neue Dimension komplexer Zusammenhänge. Viele Verteilungsprobleme spitzen sich als Kampf um Ressourcen und Lebensräume zu und sind nicht mehr nach traditionellen Wachstumsmodellen lösbar. Ökologische Probleme überlagern die sozialen Konflikte, ohne dass diese damit verschwinden.

### **4. Zur Signatur der Gerechtigkeitskonflikte im Klimawandel**

Die Besonderheit der ethischen Probleme, die sich mit dem Klimawandel stellen, liegt in dem großen Abstand zwischen Verursachern und Leidtragenden. Man kann dies als eine dreifache Externalisierung der Kosten unseres Wohlstandsmodells charakterisieren:

Ein guter Teil der Lasten wird auf die Armen, die Zukunft und die Natur abgelagert. Jede der drei Externalisierungen stellt ein eigenes komplexes Problemfeld der Ethik dar, was unter den Stichworten intergenerationelle, globale und ökologische Gerechtigkeit diskutiert wird. Die Deutsche Bischofskonferenz kennzeichnet den Klimawandel aufgrund dieser Analyse als „Brennpunkt globaler, intergenerationeller und ökologischer Gerechtigkeit“. Er ist ein exemplarisches Feld neuer Dimensionen von Gerechtigkeit, Solidarität, Wohlstandssicherung und Schöpfungsverantwortung im 21. Jahrhundert.

Der Klimawandel muss als Ausdruck einer Ungerechtigkeit begriffen werden, die nahezu alle Bereiche des Lebens auf der Erde betrifft. Unsere Generation häuft untragbare ökologische Schulden auf.

## **5. Die Schöpfung als gemeinsames Erbe der Menschheit**

Die Bewältigung des Klimawandels ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ethisch und rechtlich wird dies seit den 1960er-Jahren mit dem Konzept der Natur als „gemeinsames Erbe der Menschheit“ (common heritage of mankind) begründet. Dies ist bisher jedoch nicht zuverlässig als Völkerrecht etabliert. Notwendig ist eine Transformation des Völkerrechts von einem Koexistenz- zu einem Kooperationsrecht. Dazu gehören z. B. Informations- und Konsultationspflichten sowie die Etablierung nationaler und internationaler Regelwerke für Vorsorge-, Haftungs- und Konfliktregelungen hinsichtlich der Umweltbelastungen für Mensch und Natur.

Als Basis für bereichsübergreifende multilaterale Verhandlungen wäre die Schaffung einer eigenständigen, mit Sanktionsmacht ausgestatteten Organisation für Umweltfragen innerhalb der UNO nötig. Auch die Idee eines Umweltgerichtshofes gewinnt zunehmend an Bedeutung, um Verstöße, die große Bevölkerungsgruppen betreffen, angemessen sanktionieren zu können. Aus gerechtigkeitstheoretischer Perspektive gibt es bisher ein deutliches Defizit im Bereich der Legalgerechtigkeit, weil getroffene Vereinbarungen häufig nicht eingehalten werden. Demnach kommt institutionellen Reformen für mehr Rechtsverbindlichkeit eine besondere Dringlichkeit zu, um für marktorientierte Maßnahmen der Tauschgerechtigkeit sowie für Solidarität im Sinne der Verteilungsgerechtigkeit einen verbindlichen Rahmen zu erhalten.

Die entscheidende ethisch-politische Herausforderung besteht darin, die kurzsichtigen Perspektiven zu überwinden und die moralischen, politischen und wirtschaftlichen Ressourcen solidarischen Handelns über nachsorgende Katastrophenhilfen hinaus für vorsorgenden Klimaschutz und innovative Energietechnik zu aktivieren. Dies erfordert vor allem eine Stärkung globaler Steuerungsinstitutionen für die Durchsetzung von CO<sup>2</sup>-Gerechtigkeit. Die ethische Bewältigung des Klimawandels ist auf einen institutionellen Wandel in Richtung Global Governance mit neuen strategischen Bündnissen zwischen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft angewiesen.

## **6. Kulturwandel für ein ökologisches Wohlstandmodell**

CO<sup>2</sup>-Gerechtigkeit fordert nach aktuellem Verhandlungsstand, dass der Ausstoß klimarelevanter Gase in Europa bis 2020 um 20 bis 30% (gegenüber 1990) reduziert wird. Bis zum Ende des Jahrhunderts sollte der CO<sup>2</sup>-Ausstoß um 80-90 % reduziert werden.

Mindestens 300 Milliarden US-Dollar müssen künftig jährlich für Klimaschutz und -anpassung investiert werden. Je später wir anfangen, desto teurer wird es. Die EU hat nach dem oben dargestellten Modell von ökologischer Gerechtigkeit davon ca. ein Drittel

zu tragen hat. Eine bloße Umwidmung der bisher schon gezahlten Entwicklungshilfe (die nicht selten nur eine versteckte Subvention eigener Exporte ist) kann dafür nicht genügen.

Diese Ziele sind nur durch eine neue industrielle Revolution zu erreichen. Es geht um weit mehr als um Transferzahlungen und Investitionen für ökologische Modernisierung. Ein grünes Mäntelchen für die Fortschrittsvorstellungen von gestern genügt nicht mehr, es geht um eine neue Qualität der Daseinsvorsorge. Das Kulturmodell, das darin besteht von allem immer mehr zu haben, muss in eines transformiert werden, das von allem immer weniger braucht. Weniger Wohlstand, weniger Konsum, weniger Mobilität, dafür aber auch weniger Arbeit, weniger Konsumstress. Das gelingt nur praktisch durch die Einübung eines anderen Lebensstiles, nicht durch die Appelle der Besorgnisindustrie. Nicht indem diejenigen, die Teil des Falschen sind, anderen mitteilen, was jetzt zu tun wäre, selbst aber so weitermachen wie bisher.

Gerechtigkeit und Wohlstand können auf Dauer jedoch nur gesichert werden, wenn sich der kohlenstoffbasierte Stoffwechsel der Industriegesellschaften drastisch ändert. Damit verschiebt sich der Maßstab von Fortschritt: Er wird künftig wesentlich an der Verbesserung der CO<sup>2</sup>-Bilanz sowie an neuen Wegen des Umgangs mit Energie zu messen sein.

Der Klimawandel ist also nicht nur eine Herausforderung für politische Verhandlungen und technische Innovationen, sondern ebenso eine Frage des gesellschaftlichen Wertewandels. Er braucht individuelle und kollektive Antworten auf genuin ethische Fragen nach den Zielen, Grenzen und Bedingungen von Wohlstand: Wie viel ist genug? Was sind die vorrangigen Werte des Fortschrittsstrebens? Wie sind die Lebenschancen von Menschen in unterschiedlichen Erdteilen gerecht zu verteilen? Wie kann in einer Demokratie die Berücksichtigung langfristiger Interessen sichergestellt werden? In der Suche nach Antworten auf diese Fragen, die auch für die Vereinbarkeit von Armutsbekämpfung und Klimaschutz eine wesentliche Bedeutung haben, können die Kirchen und Religionsgemeinschaften einen substantiellen Beitrag leisten.

## **7. Die ökologische Kompetenz und Aufgabe der Kirchen**

Global haben wir eine starke ökologische Tradition. So waren die Kirchen die ersten, die den Begriff Nachhaltigkeit programmatisch auf Weltebene verwendet haben (ÖRK seit 1974 „Sustainable Society“). Sie haben substantiell die Entstehung des Konzepts mitgeprägt (z. B. „ganzheitliche Entwicklung“, Enzyklika *Populorum progressio* 1967). Der konziliare Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung auf europäischer und die Erdcharta auf globaler Ebene waren Wegbereiter für das ethische Konzept der Nachhaltigkeit, das die UNO heute vertritt. Umso dramatischer ist der Befund, dass die Kirchen heute ihre Impulskraft in der Debatte um ökologische Gerechtigkeit weitgehend verloren haben.

## **8. Nachhaltigkeit als neues Sozialprinzip**

Nachhaltigkeit reflektiert ökologische und sozioökonomische Grenzerfahrungen der Moderne. Sie bietet eine neue Definition der Voraussetzungen, Grenzen und Ziele von Fortschritt. Sie zielt auf eine Zukunftsvorsorge, deren motivierende Hoffnung nicht Fortschrittsoptimismus ist, sondern die Vision eines gelungenen Lebens in den Grenzen der Natur. Eine solche Hoffnung jenseits von Fortschrittsoptimismus findet sich strukturanalog im christlichen Glauben: Sie basiert nicht auf der Vorstellung, dass alles immer

besser wird und eine vollkommene Gesellschaft machbar sei, sondern im Gegenteil auf einem existentiellen Bewusstsein der Grenzen menschlicher Existenz, das sich dann zum Heil und zur Hoffnung wenden kann, wenn der Mensch den Geschenkcharakter des Lebens und seine Angewiesenheit auf Gemeinschaft erkennt. Die Fähigkeit zur Selbstbegrenzung ist heute Voraussetzung dafür, dass die technisch-wirtschaftliche Entwicklung so gesteuert werden kann, dass sie dem Wohl des Menschen und der Schöpfung dient.

Wir brauchen eine Neuinterpretation von Nachhaltigkeit: weg von dem utopischen Versprechen der Erfüllung aller ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse hin zu einer Interpretation einer neuen Qualität von Daseinsvorsorge, die einen Kulturwandel und damit auch eine ethisch-religiöse Dimension einschließt.

*Mit Zustimmung des Autors gekürzte Fassung eines Vortrages für die Tagung „Gerechtigkeit in einer endlichen Welt“ am Institut für Sozialethik der Universität Wien, Jänner 2012*